

GASTKOMMENTAR *Martin Grichtung zu den Wahlen in Graubünden*

# Die politische Macht und wir

S

Seit Menschen vergesellschaftet leben, gibt es Macht von Menschen über Menschen. Und es gilt der Satz des liberalen Briten Lord Acton: «Macht korrumptiert, absolute Macht korrumptiert absolut.» Wladimir Putin hat es in diesen Tagen von Neuem demonstriert. Aber nicht nur in Diktaturen, auch in Demokratien gibt es Macht. Sie ist dort nur weniger offensichtlich. Der aktuelle Wahlkampf in Graubünden um Sitze in Regierung sowie Parlament erinnern uns daran. Natürlich wollen hierzulande alle nur dem Staat und der Bevölkerung dienen, aber doch am liebsten in leitender Position.

Die Menschen haben früh intuitiv verstanden, dass man Macht begrenzen muss, damit sie zum Wohl aller ausgeübt wird, aber nicht missbraucht werden kann. Schon Griechen und Römer laborierten daran. Und selbst im Absolutismus gab es Gerichtshöfe und durch den lokalen Adel eine Art von Föderation.

lismus. Konkrete Lösungsvorschläge, wie man Macht effizient begrenzen kann, hat dann der französische Denker Montesquieu (1689–1755) gemacht. Seine Theorie der Gewaltenteilung ist immer mehr verfeinert worden. So sind die modernen Demokratien eigentliche Machtbrechungsinstrumente: durch die Aufspaltung der Machtausübung in Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (Regierung und Verwaltung) sowie Judikative (Gerichte), durch Zweikammersysteme, Föderalismus, direkte Volksrechte, Amtszeitbeschränkungen und Wiederwahl.

Einer Diktatur der Mehrheit, wie sie in einer Demokratie entstehen könnte, soll gewehrt werden durch Minderheitenrechte, Grundrechte und Gerichte, die Letzteren, und nicht der Mehrheit verpflichtet sind.

Trotz dieser Massnahmen, die durchaus wirksam sind, hat der aus Lausanne stammende Philosoph und Politiker Benjamin Constant (1767–1830) in seiner im Jahre 1819 veröffentlichten Schrift über die Freiheit der «Alten» und der «Modernen» prophetisch vorausgesehen, dass auch der Demokratie

die Gefahr des Machtmissbrauchs droht. Denn auch ihr Schwachpunkt ist der Mensch. Die Gefahr bestehe für die seit der Französischen Revolution entstandene Demokratie und für die von ihr getragene freie Gesellschaft darin, dass die Individuen vom Genuss ihrer persönlichen Freiheit sowie vom



«Religion als eine dieser Quellen ist hierzulande am Versiegen.»

Verfolgen der Partikularinteressen völlig absorbiert würden. Das führe allzu leicht dazu, auf das Recht zu verzichten, an der öffentlichen Sache teilzuhaben. Constant schwante bereits damals, dass die «Verwahrer» der Autorität in der Demokratie solchen Individualisten gerne jede Pein abnehmen würden, ausser derjenigen, zu bezahlen und zu gehorchen. Und er hörte schon die Lenker des neuen Bevormundungsstaats zu den modernen Individualisten sagen: Ist nicht das Glück das Ziel all eures Arbeitens

und Strebens? Lasst es uns euch geben! Constant war deshalb überzeugt: Auch wenn die Menschen zufrieden seien, sei es die Pflicht der staatlichen Institutionen, die Bürger an die politische Partizipation heranzuführen.

Zweifel sind erlaubt, ob das genügt. So nahm in Graubünden bei den Wahlen 2018 nur gut ein Drittel der Wahlberechtigten seine Rechte wahr. Jürgen Habermas hofft zwar, der demokratische Prozess halte sich sozusagen als «Perpetuum Mobile» selbst am Laufen. Der Philosoph konzediert jedoch, es liege im eigenen Interesse des Verfassungsstaats, mit allen kulturellen Quellen schonend umzugehen, aus denen sich das Normbewusstsein und die Solidarität der Bürger speise. Religion als eine dieser Quellen ist hierzulande am Versiegen. Man wird sehen, welche Folgen dies für den Erhalt der politischen Freiheit haben wird.

MARTIN GRICHTING war Generalvikar des Bistums Chur und beschäftigt sich publizistisch mit philosophischen sowie theologischen Fragen.

BLATTSCHUSS



Die Welt wird erschüttert, die Ukraine in Schutt und Asche gelegt, doch in der **Stadt Chur** wird darüber gestritten, ob und wann und auf welcher Länge an der Salvatorenstrasse Tempo 30 eingeführt wird.

\*

Die Wahlwerbung der ehemaligen BDP innerhalb der neuen Mitte widerspricht eigentlich allen Prinzipien der Werbung. In fetten Lettern wird für **Jon Domenic Parolini** geworben, doch daneben prangt nicht etwa grossformatig das Foto des amtierenden Regierungsrates, sondern die Foti der Empfehlenden oder des Empfehlenden. Ein klarer Verstoß gegen die für einen raschen Blickfang geforderte Einheit der Materie.

\*

Viel eigenständiger dagegen die Präsentation der Mitte-Kandidatin für den Grossen Rat **Gaby Ulber im Kreis Belfort**. Gemäss dem Lokalblatt «Novitats» sind ihre grössten Hobbys Alphorn und Jassen.

\*

Gemäss einem Pressefoto haben die Stadt Chur und die Churer Sportvereine erfolgreiche Nachwuchssportler mit einem **«Khurer Sport Obig»** geehrt. Dann war es ganz offensichtlich kein Churer Abend, sonst hätte es «Khuurar Sport Obad» heissen müssen. Der «Churer Schnitzelbank Obig» hat hier offenbar verheerend aufs Churer Dialekt gewirkt, denn kein echter Churer sagt: «guate Obig», sondern «guata Obad».

\*

Stehen diese Anlässe dialektmässig unter dem Einfluss des Unterlandes, so steht die Churer Gastronomie immer mehr **unter teutonischem Einfluss**. In vielen Churer Beizen steht jetzt «Spargel» statt «Spargeln» auf der Speisekarte, und der Churer Gast fragt sich: «Was, nur einer?»

\*

An einer Emser Quartierstrasse prangt ein Schild **«Bündner Schnauze»**. Gemeint ist allerdings nicht Claudio Zuccolini oder Jon Pult, sondern ein Hundesalon.

\*

In der **Gemeinde Domat/Ems** sind aus der Tatsache, dass immer mehr Wahlplakate übermalt oder sonst wie verunstaltet werden, die Konsequenzen gezogen worden. So wird beispielsweise beim Fussballplatz für diese «Künstler» eine leere Fläche mit der Aufschrift «Für Vandalen zum Malen» zur Verfügung gestellt.

\*

Mit 3,2 Tonnen Reis in Häufelchen hat der deutsche Künstler mit Churer Wurzeln Wolfgang Laib das ganze Souterrain des Bündner Kunstmuseums an der Grabenstrasse belegt. Was kommt im Zeichen von **«Food Waste»** als Nächstes? Das ganze Kunstmuseum bis unters Dach gefüllt mit Hörnli?

\*

Die **SP und die Grünen Graubündens** schreiben in ihrer Empfehlung für die Wahlen vom kommenden Sonntag: «Wir wollen mehr Vielfalt statt immer den gleichen, alten Filz.» Das ist aber mutig und erfreulich – eine Partei, die sich selber nicht so wichtig nimmt und anderen den Vortritt lassen will.

\*

Viele monieren, es wäre ungut, wenn **drei Mitte-Regierungsräte** gewählt werden. Immerhin bestünde dieses Mal keine optische Verwechslungsgefahr.

## Bemühungen der Jugendsession fruchten

Ein Auftrag mit der Forderung, das **Stimmrechtsalter 16 einzuführen**, hat grossen Rückhalt in der Bündner Politik. Viel dazu beigetragen hat die Jugendsession.

► PATRICK KUONI

A

Am 7. Mai 2007 titelte die Glarner Ausgabe der «Südostschweiz»: «Landsgemeinde setzt auf Jugend». Dies, weil die Glarner Landsgemeinde am Tag zuvor mit knapper Mehrheit einer Senkung des aktiven Stimmrechts auf 16 Jahre zugestimmt und damit als erster Kanton den Jugendlichen zwischen 16 und 18 dieses Recht eingeräumt hat.

Seither sind 15 Jahre vergangen und noch immer ist Glarus der einzige Kanton, wo 16-Jährige bei politischen Themen aktiv mitentscheiden können. Zwar wurden in zahlreichen anderen Kantonen Anläufe für eine Senkung des Stimmrechtsalters gemacht. Diese wurden aber stets abgeschmettert. So auch in Graubünden: Der Grosse Rat stand einer Senkung des Stimmrechtsalters in den Jahren 2007 und 2009 negativ gegenüber, die Bündner Regierung 2016 sowie 2019.

Doch nun scheinen die Aussichten deutlich rosiger als auch schon. Ein parteiübergreifender Auftrag, eingereicht von Grossrat Gian Derungs (Mitte, Lugnez), wurde von einer Mehrheit der Parlamentsmitglieder mitunterzeichnet (75 von 120). Und auch die Bündner Regierung stellt sich nicht mehr quer (Ausgabe vom Dienstag).

Jugendsession investiert viel

Dass es so weit gekommen ist, ist nicht zuletzt das Verdienst der Jugendsession Graubünden. Diese hat im April 2019 eine Forderung überwiesen, welche die Einführung des Stimmrechtsalters 16 in Graubünden verlangte – verbunden mit verstärkter politischer Bildung. Ausserdem wurde damals,



**Klare Haltung:** Die Bündner Jugendsession hat sich schon 2019 im Grossratssaal in Chur klar für das Stimmrechtsalter 16 ausgesprochen. (FOTO SILVIA FISCHBACHER/FOTODESIGN THUSIS)

nachdem die Regierung eine ablehnende Haltung zum Anliegen eingenommen hatte, eine Projektgruppe eingesetzt, um die Thematik noch vertieft zu untersuchen.

Es wurde dann ein Bericht erstellt, und daraufhin wurden gemäss Vizepräsidentin der Jugendsession, Rosalina Müller, alle Hebel in Bewegung gesetzt, damit dieses Anliegen vorangetrieben wird. «Man ist damals in alle Kommissionen gegangen und hat mit allen Parteipräsidenten gesprochen und sich grosse Mühe gegeben, diesen Vorstoss zu erarbeiten. Dementsprechend hat die Jugendsession einen grossen Teil dazu beigetragen, dass diese Debatte nun erneut geführt wird.» Das Anliegen werde von allen Jungparteien unterstützt.

Für Müller ist klar, dass in den vergangenen Jahren die jungen

Menschen immer mehr Interesse an der Politik gezeigt haben. Als Beispiel nennt die Juso-Politikerin die Klimastreikbewegung. «Die Jungen sollen die Chance erhalten, über ihre eigene Zukunft entscheiden zu können. Schliesslich sind es die Jugendlichen, welche die Zukunft auch noch am meisten betrifft.»

«Chance für Kanton»

Die Antwort der Bündner Regierung auf den Vorstoss von Derungs bezeichnet Müller als «nicht allzu enthusiastisch». Aber das Wichtigste sei, dass sie doch bereit sei, den Vorstoss zur Überweisung zu empfehlen. Tatsächlich nennt die Exekutive einige kritische Punkte. So etwa, dass durch Stimmrechtsalter 16 «die zivilrechtliche von der politischen Mündigkeit abweichen würde». Müller meint dazu: «Wir

sind da zuversichtlicher als die Regierung. Jugendliche werden sehr früh vor schwierige Entscheidungen gestellt – beispielsweise wenn es um die Lehrstelle geht.» Die Jugendsession vertrete klar die Haltung, dass die politische Partizipation mit dem aktiven Wahl- und Stimmrecht bei den Jungen steige und sie so das Gefühl hätten, Teil der Gesellschaft zu sein.

Ausserdem sieht Müller für den Kanton Graubünden auch die Chance, sich als fortschrittlicher Kanton zu positionieren, wenn man als zweiter Kanton nach Glarus das Stimmrechtsalter 16 einführen würde. Dafür kommen aber auch die Kantone Zürich oder Bern infrage. An beiden Orten wird in diesem Jahr über das Stimmrechtsalter 16 abgestimmt. In Zürich schon am Sonntag.